

1990

Ausgegeben zu Bonn am 7. März 1990

Nr. 7

Tag	Inhalt	Seite
27. 2. 90	Gesetz zu dem Vertrag vom 14. April 1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien über die Auslieferung neu: 319-91	110
27. 2. 90	Gesetz zum Zweiten Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957	118
27. 2. 90	Gesetz zum Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen	124
1. 2. 90	Bekanntmachung des deutsch-tansanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	129
2. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	131
2. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	131
2. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über Änderungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	132
2. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Protokolle über Änderungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	132
5. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Verträge des Weltpostvereins	133
5. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät	134
6. 2. 90	Bekanntmachung des deutsch-thailändischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	134
8. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger	136
8. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ..	136
8. 2. 90	Bekanntmachung zu dem Artikel 25 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten	137
13. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht	137
13. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	138
13. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr und des Protokolls zur Änderung des Abkommens	138
13. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen	139
19. 2. 90	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See	140

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 14. April 1987
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien
über die Auslieferung**

Vom 27. Februar 1990

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 14. April 1987 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien über die Auslieferung wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Grundrecht der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe des Artikels 12

Abs. 3 und des Artikels 20 Abs. 2 des Vertrags eingeschränkt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 28 Abs. 3 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und
wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 27. Februar 1990

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Justiz
Engelhard

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien
über die Auslieferung**

**Treaty
between the Federal Republic of Germany and Australia
Concerning Extradition**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Australien –

The Federal Republic of Germany
and
Australia,

in dem Wunsch, ihre Beziehungen auf dem Gebiet der Auslieferung zu regeln –

Desiring to regulate their relations in the field of extradition,

haben folgendes vereinbart:

Have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, einander nach Maßgabe dieses Vertrags jede Person auszuliefern, die im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien angetroffen und wegen einer im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei begangenen Straftat von einer zuständigen Behörde verfolgt wird oder verurteilt worden ist.

(1) The Contracting Parties undertake to extradite to each other, subject to the provisions of this Treaty, any person found in the territory of one of the Contracting Parties who is wanted for prosecution by a competent authority for, or has been convicted of, an offence committed within the territory of the other Contracting Party.

(2) Ist die Straftat außerhalb des Hoheitsgebiets des ersuchenden Staates begangen worden, so bewilligt der ersuchte Staat die Auslieferung nach den Vorschriften dieses Vertrags, wenn eine solche unter gleichartigen Umständen begangene Tat nach seinem Recht geahndet werden könnte.

(2) When the offence has been committed outside the territory of the Requesting State, the Requested State shall grant extradition according to the provisions of this Treaty if its laws would provide for the punishment of such an offence committed in similar circumstances.

Artikel 2

Article 2

(1) Auslieferungsfähige Straftaten im Sinne dieses Vertrags sind Straftaten, die im Zeitpunkt des Auslieferungsersuchens nach dem Recht beider Vertragsparteien mit Freiheitsstrafe oder anderer Freiheitsentziehung im Höchstmaß von mindestens einem Jahr oder mit einer schwereren Strafe bedroht sind. Bezieht sich das Auslieferungsersuchen auf eine wegen einer auslieferungsfähigen Straftat verurteilte Person, die zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder anderen Freiheitsentziehung gesucht wird, so wird die Auslieferung nur bewilligt, wenn noch mindestens sechs Monate einer solchen Strafe zu verbüßen sind oder wenn bei Auslieferung wegen mehr als einer auslieferungsfähigen Straftat zur Vollstreckung von mehr als einem Strafurteil die Summe der noch zu verbüßenden Strafen mindestens sechs Monate beträgt.

(1) For the purpose of this Treaty, extraditable offences are offences which are at the time of the request for extradition punishable under the laws of both Contracting Parties by imprisonment or other deprivation of liberty for a maximum period of at least one year or by a more severe penalty. Where the request for extradition relates to a person convicted of an extraditable offence who is wanted for the enforcement of a sentence of imprisonment or other deprivation of liberty, extradition shall be granted only if a period of at least six months of such penalty remains to be served, or if, in respect of more than one extraditable offence where more than one sentence is to be carried out, a period of at least six months of such penalties in the aggregate remains to be served.

(2) Im Rahmen dieses Artikels ist es unerheblich, ob das Recht der Vertragsparteien die Handlungen oder Unterlassungen, die die Tatbestandsmerkmale der Straftat erfüllen, in die gleiche Kategorie einreicht oder die Straftat unter den gleichen Begriff oder unter ähnliche Begriffe faßt.

(2) For the purpose of this Article it shall not matter whether the laws of the Contracting Parties place the acts or omissions constituting the offence within the same category of offence or denominate the offence by the same or similar terminology.

(3) Im Rahmen dieses Artikels wird bei der Bestimmung, ob eine Straftat nach dem Recht beider Vertragsparteien eine Straftat ist, ohne Bezugnahme auf die im Recht des ersuchenden Staates festgelegten Tatbestandsmerkmale der Straftat die Gesamtheit der Handlungen oder Unterlassungen berücksichtigt, die der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, zur Last gelegt werden.

(3) For the purpose of this Article in determining whether an offence is an offence against the law of both Contracting Parties the totality of the acts or omissions alleged against the person whose surrender is sought shall be taken into account without reference to the elements of the offence prescribed by the law of the Requesting State.

Artikel 3

(1) Die Auslieferung wird nicht bewilligt,

- a) wenn die Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, von dem ersuchten Staat als eine Straftat politischen Charakters oder als eine mit einer solchen zusammenhängende Straftat angesehen wird oder
- b) wenn der ersuchte Staat ernsthafte Gründe hat anzunehmen, daß das Auslieferungsersuchen gestellt worden ist, um den Verfolgten wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit oder politischen Anschauung zu verfolgen oder zu bestrafen, oder daß der Verfolgte nach seiner Auslieferung wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit oder politischen Anschauung in dem Gerichtsverfahren benachteiligt oder bestraft, in Haft gehalten oder in seiner persönlichen Freiheit beschränkt werden könnte.

(2) Im Rahmen dieses Vertrags gilt ein Mord, eine Entführung oder ein anderer schwerer Angriff auf die körperliche Unversehrtheit oder die Freiheit einer Person, zu deren besonderem Schutz die Vertragsparteien oder der ersuchende Staat nach dem Völkerrecht verpflichtet sind, nicht als Straftat im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe a.

Artikel 4

(1) Die Auslieferung wird nicht bewilligt,

- a) wenn der Verfolgte wegen der Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, von den zuständigen Behörden des ersuchten Staates bereits freigesprochen oder verurteilt worden ist oder
- b) wenn ein gegen den Verfolgten wegen der Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, eingeleitetes Strafverfahren von den zuständigen Behörden des ersuchten Staates endgültig eingestellt worden ist, nachdem der Verfolgte ihm erteilte Auflagen und Weisungen erfüllt hat.

(2) Die Auslieferung kann abgelehnt werden, wenn der Verfolgte wegen der Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, von den zuständigen Behörden eines dritten Staates bereits freigesprochen oder verurteilt worden ist.

(3) Die Auslieferung kann abgelehnt werden, wenn der Verfolgte im ersuchten Staat wegen derselben Straftat verfolgt wird, derentwegen um Auslieferung ersucht wird.

(4) Vorbehaltlich Absatz 1 Buchstabe b steht die Entscheidung der zuständigen Behörden des ersuchten Staates, gegen den Verfolgten wegen einer Straftat kein Strafverfahren einzuleiten oder ein bereits eingeleitetes Strafverfahren einzustellen, der Auslieferung wegen derselben Straftat nicht entgegen.

Artikel 5

(1) Ein Amnestiegesetz des ersuchten Staates steht der Auslieferung eines Verfolgten nicht entgegen, wenn die dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegende Straftat nicht der Gerichtsbarkeit dieses Staates unterliegt.

(2) Die Auslieferung wird auch bewilligt, wenn die Strafverfolgung oder die Vollstreckung des Strafurteils nach dem Recht des ersuchten Staates verjährt wäre.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien sind nicht verpflichtet, ihre eigenen Staatsangehörigen auszuliefern. Die zuständige Verwaltungsbehörde des ersuchten Staates ist gleichwohl berechtigt, die Auslieferung eigener Staatsangehöriger zu bewilligen, wenn dies nach ihrem Ermessen angebracht erscheint und das Recht des ersuchten Staates dem nicht entgegensteht.

(2) Der ersuchte Staat ergreift alle gesetzlich zulässigen Maßnahmen, um ein den Verfolgten betreffendes Einbürgerungsverfahren bis zur Entscheidung über das Auslieferungsersuchen und, falls dem Ersuchen stattgegeben wird, bis zur Übergabe des Verfolgten auszusetzen.

Article 3

(1) Extradition shall not be granted if:

- (a) the offence for which extradition is requested is regarded by the Requested State as an offence of a political character or as an offence connected with an offence of a political character; or
- (b) the Requested State has substantial grounds for believing that the request for extradition has been made for the purpose of prosecuting or punishing the person claimed on account of his race, religion, nationality or political opinions or that he might, if extradited, be prejudiced at his trial, or punished, detained or restricted in his personal liberty, by reason of his race, religion, nationality or political opinions.

(2) For the purpose of this Treaty, a murder, kidnapping or other serious attack upon the person or liberty of a person in relation to whom the Contracting Parties have, or the Requesting State has, a duty according to international law to give special protection shall not be deemed to be an offence within the meaning of paragraph (1) (a).

Article 4

(1) Extradition shall not be granted if:

- (a) the person claimed has already been tried and acquitted or convicted by the competent authorities of the Requested State for the offence in respect of which his extradition is requested; or
- (b) criminal proceedings initiated against the person claimed for the offence in respect of which extradition is requested have been discontinued finally by the competent authorities of the Requested State, the person claimed having complied with the conditions imposed on him.

(2) Extradition may be refused if the person claimed has already been tried and acquitted or convicted by the competent authorities of a third State for the offence in respect of which his extradition is requested.

(3) Extradition may be refused if the person claimed is under examination or trial in the Requested State for the offence in respect of which his extradition is requested.

(4) Subject to paragraph (1) (b), a decision by the competent authorities of the Requested State not to initiate or to stop proceedings against the person claimed in respect of an offence shall not be a reason to refuse extradition in respect of the same offence.

Article 5

(1) An amnesty law of the Requested State shall not preclude the extradition of a person claimed if the offence for which his extradition is requested is not subject to the jurisdiction of that State.

(2) Extradition shall be granted notwithstanding that prosecution for the offence or carrying out of the sentence would be barred by lapse of time according to the law of the Requested State.

Article 6

(1) Neither of the Contracting Parties shall be bound to extradite its own nationals. The competent executive authority of the Requested State, however, shall have the power to grant the extradition of its own nationals if, in its discretion, this is deemed proper to do and provided the law of the Requested State does not so preclude.

(2) The Requested State shall undertake all available legal measures to suspend naturalization proceedings in respect of the person claimed until a decision on the request for his extradition and, if that request is granted, until his surrender.

(3) Liefert der ersuchte Staat in einem bestimmten Fall einen eigenen Staatsangehörigen nicht aus, so unterbreitet er auf Begehren des ersuchenden Staates die Angelegenheit seinen zuständigen Behörden, damit gegebenenfalls eine Strafverfolgung durchgeführt werden kann. Fordert der ersuchte Staat ergänzende Unterlagen oder Beweismittel an, so sind ihm diese kostenlos zu übermitteln. Der ersuchende Staat wird über das Ergebnis seines Begehrens unterrichtet.

Artikel 7

Ist ein Strafantrag des Geschädigten oder eine Ermächtigung zur Strafverfolgung nach dem Recht des ersuchten Staates erforderlich, so wird die Auslieferungspflicht durch das Fehlen eines solchen Antrags oder einer solchen Ermächtigung nicht berührt.

Artikel 8

Ist die Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, nach dem Recht des ersuchenden Staates mit der Todesstrafe bedroht und ist diese in gleichartigen Fällen nach dem Recht des ersuchten Staates nicht zulässig, so kann die Auslieferung abgelehnt werden, sofern nicht der ersuchende Staat eine vom ersuchten Staat als ausreichend erachtete Zusicherung gibt, daß die Todesstrafe nicht verhängt oder, falls sie verhängt wird, nicht vollstreckt werden wird.

Artikel 9

(1) Ein Ersuchen um Auslieferung eines Verfolgten wird schriftlich abgefaßt. Alle zur Begründung eines Auslieferungersuchens übermittelten Schriftstücke sind gehörig zu beglaubigen.

(2) Dem Ersuchen sind beizufügen

- a) alle verfügbaren Angaben über die Identität und die Staatsangehörigkeit des Verfolgten und
- b) der Wortlaut der anwendbaren Gesetzesbestimmungen, falls solche bestehen, betreffend den Straftatbestand oder eine Darstellung des anwendbaren Rechts und in jedem Fall eine Darstellung der Strafdrohung.

(3) Einem Ersuchen um Auslieferung eines Verfolgten zur Strafverfolgung sind außer den in Absatz 2 genannten Unterlagen ein gegen den Verfolgten erlassener Haftbefehl oder eine Abschrift eines solchen Haftbefehls, eine Beschreibung aller Straftaten, derentwegen die Person verfolgt wird, und eine Darstellung der Handlungen oder Unterlassungen, die dem Verfolgten in bezug auf jede dieser Straftaten zur Last gelegt werden, beizufügen.

(4) Einem Ersuchen um Auslieferung eines Verfolgten zur Vollstreckung eines Strafurteils sind außer den in Absatz 2 genannten Unterlagen eine zusammenfassende Darstellung des Sachverhalts, sofern dieser nicht aus den sonstigen Unterlagen hervorgeht, solche Schriftstücke, die den Nachweis für die rechtskräftige Verurteilung erbringen, sowie eine Erklärung über die sofortige Vollstreckbarkeit und über den Teil des Strafurteils, der noch nicht vollstreckt wurde, beizufügen.

(5) Die Auslieferung eines Verfolgten nach den Bestimmungen dieses Vertrags kann auch bewilligt werden, wenn die Voraussetzungen der Absätze 1 bis 4 nicht erfüllt sind, sofern der Verfolgte sich mit der Anordnung seiner Auslieferung einverstanden erklärt.

Artikel 10

(1) Unterlagen, die nach Artikel 9 einem Auslieferungersuchen beigelegt sind, werden in jedem Auslieferungsverfahren in dem ersuchten Staat als Beweismittel zugelassen, wenn sie gehörig beglaubigt sind.

(2) Im Sinne dieses Vertrags sind Unterlagen gehörig beglaubigt, wenn sie

- a) von einem Richter, Beamten oder einer zuständigen Behörde des ersuchenden Staates, soweit es sich um Haftbefehle handelt, unterschrieben, in allen anderen Fällen beglaubigt worden sind und

(3) If in a particular case the Requested State does not extradite its own national it shall, at the request of the Requesting State, submit the case to its competent authorities in order that proceedings may be taken if they are considered appropriate. If the Requested State requires additional documents or evidence, such documents or evidence shall be submitted without charge to that State. The Requesting State shall be informed of the result of its request.

Article 7

If a complaint by or on behalf of the person injured by an offence or an authorization to prosecute is required by the law of the Requested State, the absence of such a complaint or authorization shall not affect the obligation to extradite.

Article 8

If under the law of the Requesting State a person whose extradition is requested is liable to the death penalty for an offence for which his extradition is requested but the law of the Requested State does not provide for the death penalty in a similar case, that State may refuse extradition of the person unless the Requesting State gives such assurances as the Requested State considers sufficient that the death penalty will not be imposed or, if imposed, will not be carried out.

Article 9

(1) A request for the extradition of a person claimed shall be in writing. All documents furnished in support of a request for extradition shall be duly authenticated.

(2) The request shall be accompanied by:

- (a) all available information concerning the identity and nationality of the person claimed; and
- (b) a copy of the relevant provisions of the statute, if any, creating the offence or a statement of the relevant law and in either case a statement of the punishment that can be imposed.

(3) A request for the extradition of a person claimed for the purpose of prosecution shall be accompanied, in addition to the documents provided for in paragraph (2), by a warrant for the arrest, or a copy of the warrant for the arrest of the person claimed, a description of each offence for which the person is claimed, and a statement of the acts or omissions alleged against the person claimed in respect of each such offence.

(4) A request for the extradition of a person claimed for the carrying out of a sentence shall be accompanied, in addition to the documents provided for in paragraph (2), by a summary statement of the facts of the case unless they appear from the other documents, such documents as provide evidence of the final and binding conviction and a statement that the sentence is immediately enforceable and of the extent to which that sentence has not been carried out.

(5) Extradition may be granted of a person claimed pursuant to the provisions of this Treaty notwithstanding that the requirements of the preceding paragraphs of this Article have not been complied with, provided that the person claimed consents to an order for his extradition being made.

Article 10

(1) Documents which, in accordance with Article 9, accompany a request for extradition shall be admitted in evidence, if duly authenticated, in any extradition proceedings in the Requested State.

(2) Documents are duly authenticated for the purposes of this Treaty if:

- (a) in the case of warrants they are signed, and in any other case they are certified, by a Judge, Magistrate or other competent authority in the Requesting State, and

- b) mit dem amtlichen oder öffentlichen Siegel des ersuchenden Staates oder eines Staatsministers, eines Ministeriums oder eines Regierungsbeamten des ersuchenden Staates versehen sind.

Artikel 11

(1) Ist der ersuchte Staat der Ansicht, daß die zur Unterstützung des Auslieferungersuchens beigebrachten Angaben nicht ausreichen, um den Erfordernissen seines Auslieferungsrechts zu entsprechen, so kann er darum ersuchen, daß innerhalb einer von ihm bestimmten Frist zusätzliche Angaben beigebracht werden.

(2) Ist der Verfolgte in Haft und reichen die vorgenannten zusätzlichen Angaben nicht aus oder gehen sie nicht innerhalb der vom ersuchten Staat gesetzten Frist ein, so ist der Verfolgte freizulassen; jedoch schließt eine solche Freilassung ein späteres Ersuchen wegen derselben Straftat nicht aus.

Artikel 12

(1) In dringenden Fällen kann die vorläufige Festnahme des Verfolgten bis zur Stellung eines Auslieferungersuchens beantragt werden.

(2) Dem Antrag sind beizufügen

- a) eine Erklärung, daß die Stellung eines Auslieferungersuchens beabsichtigt ist,
- b) eine Erklärung, daß ein Haftbefehl gegen den Verfolgten wegen einer Straftat erlassen worden ist, derentwegen um seine Auslieferung ersucht werden kann, oder daß der Verfolgte wegen einer solchen Straftat verurteilt worden ist, und
- c) eine Erklärung über die Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht werden wird, die Zeit und den Ort ihrer Begehung und, soweit möglich, die Beschreibung der gesuchten Person.

(3) Ist ein solcher Antrag gestellt worden, so werden im ersuchten Staat alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die Festnahme des Verfolgten sicherzustellen. Der ersuchende Staat ist unverzüglich über das Ergebnis seines Ersuchens zu unterrichten.

(4) Hat der ersuchte Staat das Ersuchen um Auslieferung des Verfolgten nicht innerhalb von zwei Monaten nach seiner Inhaftnahme erhalten, so kann der Verfolgte freigelassen werden; jedoch steht dieser Absatz der Einleitung weiterer Verfahrensmaßnahmen zum Zwecke der Auslieferung des Verfolgten nicht entgegen.

Artikel 13

Wird wegen derselben oder wegen verschiedener Straftaten von mehreren Staaten zugleich um Auslieferung ersucht, so entscheidet der ersuchte Staat unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der verhältnismäßigen Schwere der Straftaten, des Ortes ihrer Begehung, des Zeitpunkts der Auslieferungersuchen, der Staatsangehörigkeit des Verfolgten und der Möglichkeit einer späteren Auslieferung an einen anderen Staat.

Artikel 14

(1) Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat alsbald von seiner Entscheidung über das Auslieferungersuchen.

(2) Jede vollständige oder teilweise Ablehnung des Auslieferungersuchens ist vom ersuchten Staat zu begründen.

Artikel 15

Der ersuchte Staat kann die Auslieferung eines Verfolgten aufschieben, um ihn wegen einer anderen als der dem Auslieferungersuchen zugrunde liegenden Straftat zu verfolgen oder ein Strafurteil wegen einer solchen Straftat gegen ihn zu vollstrecken; der ersuchende Staat ist hiervon zu unterrichten.

- (b) they are sealed with the official or public seal of the Requesting State or of a Minister of State, or a Department or officer of the Government, of the Requesting State.

Article 11

(1) If the Requested State considers that the information furnished in support of the request for the extradition of a person claimed is not sufficient to fulfil the requirements of its law with respect to extradition, that State may request that additional information be furnished within such time as that State specifies.

(2) If the person claimed is under arrest and the additional information submitted as aforesaid is not sufficient or is not received within the time specified by the Requested State, he shall be discharged from custody, but such discharge shall not bar a subsequent request in respect of the same offence.

Article 12

(1) In case of urgency an application may be made for the provisional arrest of a person claimed pending the making of a request for the extradition of that person.

(2) The application shall be accompanied by:

- (a) a statement of intention to request the extradition of the person claimed;
- (b) a statement that a warrant for the arrest of the person claimed for an offence for which his extradition may be requested has been issued or that the person claimed has been convicted of such an offence; and
- (c) a statement of the offence for which extradition will be requested, the time and place of its commission, and, to the extent possible, the description of the person sought.

(3) When such an application is made, all necessary steps shall be taken in the Requested State to secure the arrest of the person claimed. The Requesting State shall be informed without delay of the result of its application.

(4) If the Requested State has not received the request for the extradition of a person claimed within two months after his arrest he may be set at liberty but nothing in this paragraph prevents the institution of further proceedings for the purpose of the extradition of the person claimed.

Article 13

If extradition is requested concurrently by more than one State, either for the same offence or for different offences, the Requested State shall make its decision having regard to all the circumstances and especially the relative seriousness and place of commission of the offences, the respective dates of the requests, the nationality of the person claimed and the possibility of subsequent extradition to another State.

Article 14

(1) The Requested State shall promptly communicate to the Requesting State the decision on the request for extradition.

(2) The Requested State shall give the reasons for any complete or partial rejection of the request for extradition.

Article 15

The Requested State may postpone the extradition of a person claimed in order to prosecute him for an offence, other than an offence constituted by the act or omission for which his extradition is requested, or so that he may serve a sentence for such an offence, and shall advise the Requesting State accordingly.

Artikel 16

(1) Wird die Auslieferung eines Verfolgten bewilligt, so wird dieser von den zuständigen Behörden des ersuchten Staates zu einem zwischen diesem und dem ersuchenden Staat vereinbarten Hafen oder Flughafen im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates gebracht.

(2) Der Zeitpunkt der Übergabe eines Verfolgten an den ersuchenden Staat wird zwischen diesem und dem ersuchten Staat in Übereinstimmung mit dem Recht des ersuchten Staates vereinbart.

Artikel 17

(1) Soweit das Recht des ersuchten Staates dies zuläßt, werden alle Gegenstände, die als Beweismittel für die der Auslieferung zugrunde liegende Straftat dienen können oder die der Verfolgte mittelbar oder unmittelbar als Ergebnis der Straftat erworben hat, auf Ersuchen des ersuchenden Staates zusammen mit dem Verfolgten bei dessen Übergabe herausgegeben.

(2) Alle herausgegebenen Gegenstände werden nach Abschluß des Verfahrens gegen den Ausgelieferten dem ersuchten Staat kostenlos zurückgegeben, sofern er darum ersucht.

Artikel 18

(1) Vorbehaltlich Absatz 3 darf eine auf Grund dieses Vertrags ausgelieferte Person

- a) in dem ersuchenden Staat wegen einer vor der Auslieferung begangenen Straftat nicht in Haft genommen, vor Gericht gestellt oder irgendeiner anderen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden, es sei denn
 - i) wegen der Straftat, derentwegen sie ausgeliefert worden ist, oder wegen einer anderen Straftat, derentwegen sie bei Nachweis der Tatsachen, auf die das Auslieferungsersuchen gestützt war, verurteilt werden könnte, oder
 - ii) wegen einer anderen auslieferungsfähigen Straftat, bezüglich deren der ersuchte Staat zugestimmt hat, daß sie in Haft genommen, vor Gericht gestellt oder irgendeiner anderen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen wird, oder
- b) in dem ersuchenden Staat nicht zum Zwecke der Weiterlieferung an einen dritten Staat in Haft genommen oder an einen solchen Staat weitergeliefert werden, es sei denn, der ersuchte Staat stimmt dem zu.

(2) Einem Ersuchen um Zustimmung des ersuchten Staates nach diesem Artikel sind die in Artikel 9 genannten einschlägigen Unterlagen beizufügen. Artikel 11 Absatz 1 gilt entsprechend.

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn der Ausgelieferte, obwohl er dazu die Möglichkeit hatte, das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates innerhalb von 45 Tagen nach seiner endgültigen Freilassung nicht verlassen hat oder wenn er nach Verlassen dieses Gebiets dorthin zurückgekehrt ist. Eine bedingte Freilassung ohne eine die Bewegungsfreiheit des Ausgelieferten beeinträchtigende Anordnung steht der endgültigen Freilassung gleich.

Artikel 19

(1) Wenn eine Person

- a) wegen einer Straftat von einem dritten Staat an eine Vertragspartei ausgeliefert und durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchgeliefert werden soll und
- b) wegen dieser Straftat von der anderen Vertragspartei an die erstgenannte Vertragspartei unter den Voraussetzungen dieses Vertrags ausgeliefert werden könnte,

stimmt die andere Vertragspartei auf Ersuchen der Durchlieferung dieser Person durch ihr Hoheitsgebiet zu.

Article 16

(1) Where extradition of a person claimed is granted, he shall be conveyed by the appropriate authorities in the Requested State to a port or airport in the territory of that State agreed between that State and the Requesting State.

(2) The date on which the person claimed is to be surrendered to the Requesting State shall be agreed between that State and the Requested State in conformity with the law of the Requested State.

Article 17

(1) To the extent that the law of the Requested State permits, any property that may be material as evidence in proving the offence for which the extradition of a person claimed is requested or that has been acquired by him directly or indirectly as a result of the offence shall, if the Requesting State so requests, be delivered up with the person claimed on his surrender.

(2) Any property so delivered shall be returned to the Requested State free of charge after the trial of the person extradited if that State so requests.

Article 18

(1) Subject to paragraph (3) of this Article, a person extradited under this Treaty shall not:

- (a) be detained or tried, or be subjected to any other restriction of his personal liberty, in the Requesting State for any offence committed before his extradition other than –
 - (i) an offence for which he was extradited or any other offence of which he could be convicted upon proof of the facts upon which the request for his extradition was based; or
 - (ii) any other extraditable offence in respect of which the Requested State consents to his being so detained or tried, or subjected to any other restriction of his personal liberty; or
- (b) be detained in the Requesting State for the purpose of his being extradited to a third State or be extradited to such a State unless the Requested State consents to his being so detained or extradited.

(2) A request for the consent of the Requested State under this Article shall be accompanied by the relevant documents mentioned in Article 9. Article 11 (1) shall apply mutatis mutandis.

(3) Paragraph (1) does not apply if the person extradited, having had an opportunity to leave the territory of the Requesting State, has not done so within forty-five days of his final discharge, or has returned to that territory after leaving it. A discharge on parole or probation without an order restricting the freedom of movement of the extradited person shall be deemed to be a final discharge.

Article 19

(1) Where a person:

- (a) is to be extradited for an offence by a third State to a Contracting Party through the territory of the other Contracting Party; and
- (b) could be extradited for that offence by the other Contracting Party to the first-mentioned Contracting Party under the conditions of this Treaty,

the other Contracting Party shall, upon request, permit the transit of that person through its territory.

(2) Einem Durchlieferungsersuchen sind beizufügen

- a) eine gehörig beglaubigte Ausfertigung eines Haftbefehls oder einer Bescheinigung zum Nachweis der Verurteilung des Verfolgten, die im ersuchenden Staat ausgestellt worden ist, und
- b) soweit diese Unterlagen die Straftat, derentwegen der Verfolgte durchgeliefert werden soll, nicht näher bezeichnen, ein Schriftstück, das die Straftat näher bezeichnet und eine zusammenfassende Sachverhaltsdarstellung enthält.

(3) Die Zustimmung zur Durchlieferung einer Person schließt die Zustimmung ein, daß sie während der Durchlieferung von einer von der Vertragspartei, an die sie ausgeliefert werden soll, bezeichneten Person begleitet wird.

Artikel 20

(1) Wenn

- a) eine Person von einem dritten Staat an eine Vertragspartei ausgeliefert und mit einem Luftfahrzeug ohne Zwischenlandung über das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befördert werden soll und
- b) die erstgenannte Vertragspartei der Auffassung ist, daß der Durchlieferung dieser Person, falls das Luftfahrzeug in jenem Hoheitsgebiet zwischenlanden würde, nach Artikel 19 zugestimmt werden würde,

zeigt die erstgenannte Vertragspartei der anderen Vertragspartei die beabsichtigte Durchbeförderung an und bestätigt ihr, daß diese nach ihrer Auffassung mit Artikel 19 vereinbar sein würde.

(2) Landet ein Luftfahrzeug, mit dem eine Person auf diese Weise befördert wird, unvorhergesehen im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, so kann diese der Durchlieferung zustimmen; anderenfalls wird sie den Verfolgten bis zum Eingang eines Artikel 19 entsprechenden Durchlieferungsersuchens in Haft halten.

Artikel 21

(1) Der Schriftwechsel zwischen den Vertragsparteien wird auf dem diplomatischen Weg geführt.

(2) Ein Antrag nach Artikel 12 kann auch durch Vermittlung der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) gestellt werden.

Artikel 22

Jedem Schriftstück, das von einer Vertragspartei der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit diesem Vertrag übersandt wird und nicht in der Sprache der anderen Vertragspartei gehalten ist, wird eine Übersetzung in diese Sprache beigelegt.

Artikel 23

Kosten, die durch die Beförderung eines Verfolgten in den ersuchenden Staat entstehen, werden von diesem Staat getragen. Andere Kosten, die ein Auslieferungs- oder ein Durchlieferungsersuchen verursacht, werden vom ersuchten Staat gegen den ersuchenden Staat nicht geltend gemacht. Die zuständigen Justizbeamten des Staates, in dem das Auslieferungsverfahren stattfindet, unterstützen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten den ersuchenden Staat in jeder Weise vor den zuständigen Richtern und Beamten.

Artikel 24

Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, findet auf das Verfahren der vorläufigen Auslieferungshaft, der Auslieferung und der Durchlieferung ausschließlich das Recht des ersuchten Staates Anwendung.

Artikel 25

(1) Im Sinne dieses Vertrags bedeutet eine Bezugnahme auf das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei eine Bezugnahme auf das gesamte ihrer Gerichtsbarkeit unterliegende Hoheitsgebiet.

(2) A request for transit shall be accompanied by:

- (a) a duly authenticated copy of the warrant or of a certificate proving the conviction of that person, issued in the Requesting State; and
- (b) if those documents do not specify the offence for which the person is to be surrendered, a document specifying the offence and setting out a summary statement of the facts.

(3) Permission for the transit of a person includes permission for the person during transit to be accompanied by a person nominated by the Contracting Party to which the first mentioned person is to be extradited.

Article 20

(1) Where:

- (a) a person who is to be extradited by a third State to a Contracting Party is proposed to be transported by aircraft over the territory of the other Contracting Party, without landing in that territory; and
- (b) the first-mentioned Contracting Party is of the opinion that, if the aircraft were to land in that territory, the transit of that person through that territory would be permitted under Article 19,

the first-mentioned Contracting Party shall notify the other Contracting Party of the proposed transport of the person and shall confirm to the other Contracting Party that, in its opinion, the transport would be in accordance with Article 19.

(2) In the event of an unscheduled landing in the territory of a Contracting Party of an aircraft carrying a person who is being so transported, that Contracting Party may permit the transit but otherwise shall cause the person to be held in custody pending receipt of a request for transit in pursuance of Article 19.

Article 21

(1) Communications between the Contracting Parties shall be conveyed through the diplomatic channel.

(2) An application under Article 12 may also be made by means of the facilities of the International Criminal Police Organization (Interpol).

Article 22

Any document that is sent from a Contracting Party to the other Contracting Party in accordance with this Treaty and is not in the language of the other Contracting Party shall be accompanied by a translation of the document into that language.

Article 23

Expenses arising from the transportation of a person claimed to the Requesting State shall be borne by that State. No other pecuniary claim arising from an extradition or a transit request shall be made by the Requested State against the Requesting State. The appropriate legal officers of the State in which the extradition proceedings take place shall, by all legal means within their power, assist the Requesting State before the competent judges and officers.

Article 24

Except where this Treaty otherwise provides, proceedings with regard to provisional arrest, extradition and transit shall be governed solely by the law of the Requested State.

Article 25

(1) A reference in this Treaty to the territory of a Contracting Party is a reference to all territory under its jurisdiction.

(2) Im Sinne dieses Vertrags schließt eine Bezugnahme auf das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ferner ihre Hoheitsgewässer, ihren Luftraum sowie die von der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei eingetragenen Wasser- und Luftfahrzeuge ein, sofern sich solche Luftfahrzeuge im Flug befinden, während die Straftat begangen wird. Im Sinne dieses Vertrags gilt ein Luftfahrzeug als im Flug befindlich von dem Augenblick an, in dem alle Außentüren nach dem Einsteigen geschlossen worden sind, bis zu dem Augenblick, in dem eine dieser Türen zum Aussteigen geöffnet wird.

Artikel 26

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Australien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 27

Dieser Vertrag findet auf vor oder nach seinem Inkrafttreten begangene Straftaten Anwendung.

Artikel 28

- (1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation.
- (2) Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Canberra ausgetauscht.
- (3) Dieser Vertrag tritt am dreißigsten Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.
- (4) Dieser Vertrag kann jederzeit schriftlich gekündigt werden; er tritt am hundertachtzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Kündigung außer Kraft.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen zu Bonn am 14. April 1987 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) A reference in this Treaty to the territory of a Contracting Party shall furthermore include its territorial waters and airspace and vessels and aircraft registered with the competent authority of that Contracting Party if such aircraft is in flight when the offence is committed. For the purpose of this Treaty an aircraft shall be considered to be in flight at any time from the moment when all its external doors are closed following embarkation until the moment when any such door is opened for disembarkation.

Article 26

This Treaty shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of Australia within three months of the date of entry into force of this Treaty.

Article 27

This Treaty applies to offences committed before or after this Treaty enters into force.

Article 28

- (1) This Treaty is subject to ratification.
- (2) The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Canberra.
- (3) This Treaty shall enter into force on the thirtieth day after the day on which the instruments of ratification are exchanged.
- (4) This Treaty may be terminated by notice in writing at any time and it shall cease to be in force on the one hundred and eightieth day after the date of the notice.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Treaty.

Done at Bonn on 14 April one thousand nine hundred and eighty seven in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Dr. Jürgen Ruhfus
Hans A. Engelhard

Für Australien
For Australia
Lionel Bowen

Gesetz
zum Zweiten Zusatzprotokoll vom 17. März 1978
zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957

Vom 27. Februar 1990

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Straßburg am 8. November 1985 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zweiten Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369) wird zugestimmt. Das Zusatzprotokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 6 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 27. Februar 1990

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Justiz
Engelhard

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Zweites Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen

Second Additional Protocol to the European Convention on Extradition

Deuxième Protocole additionnel à la Convention européenne d'extradition

(Übersetzung)

The member States of the Council of Europe, signatory to this Protocol,

Les Etats membres du Conseil de l'Europe, signataires du présent Protocole,

Die Mitgliedstaaten des Europarats, die dieses Protokoll unterzeichnen –

Desirous of facilitating the application of the European Convention on Extradition opened for signature in Paris on 13 December 1977 (hereinafter referred to as "the Convention") in the field of fiscal offences;

Désireux de faciliter l'application en matière d'infractions fiscales de la Convention européenne d'extradition ouverte à la signature à Paris le 13 décembre 1957 (ci-après dénommée «la Convention»);

von dem Wunsch geleitet, die Anwendung des am 13. Dezember 1957 in Paris zur Unterzeichnung aufgelegten Europäischen Auslieferungsübereinkommens (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) auf dem Gebiet der fiskalischen strafbaren Handlungen zu erleichtern;

Considering it also desirable to supplement the Convention in certain other respects,

Considérant également qu'il est opportun de compléter la Convention à certains autres égards,

in der Erwägung, daß es auch zweckmäßig ist, das Übereinkommen in bestimmten anderen Punkten zu ergänzen –

Have agreed as follows:

Sont convenus de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Chapter I

Article 1

Paragraph 2 of Article 2 of the Convention shall be supplemented by the following provision:

"This right shall also apply to offences which are subject only to pecuniary sanctions."

Titre I

Article 1^{er}

Le paragraphe 2 de l'article 2 de la Convention est complété par la disposition suivante:

«Cette faculté sera également applicable à des faits qui ne sont passibles que d'une sanction de nature pécuniaire.»

Kapitel I

Artikel 1

Artikel 2 Absatz 2 des Übereinkommens wird durch folgende Bestimmung ergänzt:

„Dieses Recht gilt auch bei Handlungen, die nur mit Geldsanktionen bedroht sind.“

Chapter II

Article 2

Article 5 of the Convention shall be replaced by the following provisions:

"Fiscal offences

1. For offences in connection with taxes, duties, customs and exchange extradition shall take place between the Contracting Parties in accordance with the provisions of the Convention if the offence, under the law of the requested Party, corresponds to an offence of the same nature.

2. Extradition may not be refused on the ground that the law of the requested Party does not impose the same kind of tax or duty or does not contain a tax, duty, customs or exchange regulation of the same kind as the law of the requesting Party."

Titre II

Article 2

L'article 5 de la Convention est remplacé par les dispositions suivantes:

«Infractions fiscales

1. En matière de taxes et impôts, de douane et de change, l'extradition sera accordée entre les Parties Contractantes, conformément aux dispositions de la Convention, pour les faits qui correspondent, selon la loi de la Partie requise, à une infraction de même nature.

2. L'extradition ne pourra être refusée pour le motif que la législation de la Partie requise n'impose pas le même type de taxes ou d'impôts, ou ne contient pas le même type de réglementation en matière de taxes et impôts, de douane et de change que la législation de la Partie requérante."

Kapitel II

Artikel 2

Artikel 5 des Übereinkommens wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Fiskalische strafbare Handlungen

(1) In Abgaben-, Steuer-, Zoll- und Devisenstrafsachen wird die Auslieferung zwischen den Vertragsparteien nach Maßgabe des Übereinkommens wegen Handlungen bewilligt, die nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei einer strafbaren Handlung derselben Art entsprechen.

(2) Die Auslieferung darf nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht der ersuchten Vertragspartei nicht dieselbe Art von Abgaben oder Steuern oder keine Abgaben-, Steuer-, Zoll- oder Devisenbestimmungen derselben Art wie das Recht der ersuchenden Vertragspartei vorsieht."

Chapter III

Article 3

The Convention shall be supplemented by the following provisions:

"Judgments in absentia

1. When a Contracting Party requests from another Contracting Party the extradi-

Titre III

Article 3

La Convention est complétée par les dispositions suivantes:

«Jugements par défaut

1. Lorsqu'une Partie Contractante demande à une autre Partie Contractante l'ex-

Kapitel III

Artikel 3

Das Übereinkommen wird durch folgende Bestimmungen ergänzt:

„Abwesenheitsurteile

(1) Ersucht eine Vertragspartei eine andere Vertragspartei um Auslieferung

tion of a person for the purpose of carrying out a sentence or detention order imposed by a decision rendered against him in absentia, the requested Party may refuse to extradite for this purpose if, in its opinion, the proceedings leading to the judgment did not satisfy the minimum rights of defence recognised as due to everyone charged with criminal offence. However, extradition shall be granted if the requesting Party gives an assurance considered sufficient to guarantee to the person claimed the right to a retrial which safeguards the rights of defence. This decision will authorise the requesting Party either to enforce the judgment in question if the convicted person does not make an opposition or, if he does, to take proceedings against the person extradited.

2. When the requested Party informs the person whose extradition has been requested of the judgment rendered against him in absentia, the requesting Party shall not regard this communication as a formal notification for the purposes of the criminal procedure in that State."

Chapter IV

Article 4

The Convention shall be supplemented by the following provisions:

"Amnesty

Extradition shall not be granted for an offence in respect of which an amnesty has been declared in the requested State and which that State had competence to prosecute under its own criminal law."

Chapter V

Article 5

Paragraph 1 of Article 12 of the Convention shall be replaced by the following provisions:

"The request shall be in writing and shall be addressed by the Ministry of Justice of the requesting Party to the Ministry of Justice of the requested Party; however, use of the diplomatic channel is not excluded. Other means of communication may be arranged by direct agreement between two or more Parties."

Chapter VI

Article 6

1. This Protocol shall be open to signature by the member States of the Council of Europe which have signed the Convention. It shall be subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

tradition d'une personne aux fins d'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté prononcée par une décision rendue par défaut à son encontre, la Partie requise peut refuser d'extrader à cette fin si, à son avis, la procédure de jugement n'a pas satisfait aux droits minimums de la défense reconnus à toute personne accusée d'une infraction. Toutefois, l'extradition sera accordée si la Partie requérante donne des assurances jugées suffisantes pour garantir à la personne dont l'extradition est demandée le droit à une nouvelle procédure de jugement qui sauvegarde les droits de la défense. Cette décision autorise la Partie requérante soit à exécuter le jugement en question si le condamné ne fait pas opposition, soit à poursuivre l'extradé dans le cas contraire.

2. Lorsque la Partie requise communique à la personne dont l'extradition est demandée la décision rendue par défaut à son encontre, la Partie requérante ne considérera pas cette communication comme une notification entraînant des effets à l'égard de la procédure pénale dans cet Etat."

Titre IV

Article 4

La Convention est complétée par les dispositions suivantes:

"Amnistie

L'extradition ne sera pas accordée pour une infraction couverte par l'amnistie dans l'Etat requis si celui-ci avait compétence pour poursuivre cette infraction selon sa propre loi pénale."

Titre V

Article 5

Le paragraphe 1 de l'article 12 de la Convention est remplacé par les dispositions suivantes:

"La requête sera formulée par écrit et adressée par le Ministère de la Justice de la Partie requérante au Ministère de la Justice de la Partie requise; toutefois, la voie diplomatique n'est pas exclue. Une autre voie pourra être convenue par arrangement direct entre deux ou plusieurs Parties."

Titre VI

Article 6

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe qui ont signé la Convention. Il sera soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

einer Person zur Vollstreckung einer Strafe oder Maßregel der Besserung und Sicherung, die gegen sie in einem Abwesenheitsurteil verhängt worden ist, so kann die ersuchte Vertragspartei die Auslieferung zu diesem Zweck ablehnen, wenn nach ihrer Auffassung in dem diesem Urteil vorangegangenen Verfahren nicht die Mindestrechte der Verteidigung gewahrt worden sind, die anerkanntermaßen jedem einer strafbaren Handlung Beschuldigten zustehen. Die Auslieferung wird jedoch bewilligt, wenn die ersuchende Vertragspartei eine als ausreichend erachtete Zusicherung gibt, der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, das Recht auf ein neues Gerichtsverfahren zu gewährleisten, in dem die Rechte der Verteidigung gewahrt werden. Diese Entscheidung ermächtigt die ersuchende Vertragspartei, entweder das betreffende Urteil zu vollstrecken, wenn der Verurteilte keinen Einspruch erhebt, oder andernfalls gegen den Ausgelieferten die Strafverfolgung durchzuführen.

(2) Unterrichtet die ersuchte Vertragspartei die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, von dem gegen sie ergangenen Abwesenheitsurteil, so betrachtet die ersuchende Vertragspartei diese Mitteilung nicht als förmliche Zustellung mit Wirkung für das Strafverfahren in diesem Staat."

Kapitel IV

Artikel 4

Das Übereinkommen wird durch folgende Bestimmungen ergänzt:

"Amnestie

Die Auslieferung wird nicht bewilligt wegen einer strafbaren Handlung, die im ersuchten Staat unter eine Amnestie fällt und für deren Verfolgung dieser Staat nach seinem eigenen Strafrecht zuständig war."

Kapitel V

Artikel 5

Artikel 12 Absatz 1 des Übereinkommens wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

"Das Ersuchen wird schriftlich abgefaßt und vom Justizministerium der ersuchenden Vertragspartei an das Justizministerium der ersuchten Vertragspartei gerichtet; der diplomatische Weg ist jedoch nicht ausgeschlossen. Ein anderer Weg kann unmittelbar zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien vereinbart werden."

Kapitel VI

Artikel 6

(1) Dieses Protokoll liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

2. The Protocol shall enter into force 90 days after the date of the deposit of the third instrument of ratification, acceptance or approval.

3. In respect of a signatory State ratifying, accepting or approving subsequently, the Protocol shall enter into force 90 days after the date of the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.

4. A member State of the Council of Europe may not ratify, accept or approve this Protocol without having, simultaneously or previously, ratified the Convention.

Article 7

1. Any State which has acceded to the Convention may accede to this Protocol after the Protocol has entered into force.

2. Such accession shall be effected by depositing with the Secretary General of the Council of Europe an instrument of accession which shall take effect 90 days after the date of its deposit.

Article 8

1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Protocol shall apply.

2. Any State may, when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession or at any later date, by declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend this Protocol to any other territory or territories specified in the declaration and for whose international relations it is responsible or on whose behalf it is authorised to give undertakings.

3. Any declaration made in pursuance of the preceding paragraph may, in respect of any territory mentioned in such declaration, be withdrawn by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe. Such withdrawal shall take effect six months after the date of receipt by the Secretary General of the Council of Europe of the notification.

Article 9

1. Reservations made by a State to a provision of the Convention shall be applicable also to this Protocol, unless that State otherwise declares at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

2. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, declare that it reserves the right:

a. not to accept Chapter I;

2. Le Protocole entrera en vigueur 90 jours après la date du dépôt du troisième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

3. Il entrera en vigueur à l'égard de tout Etat signataire qui le ratifiera, l'acceptera ou l'approuvera ultérieurement, 90 jours après la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

4. Un Etat membre du Conseil de l'Europe ne peut ratifier, accepter ou approuver le présent Protocole sans avoir simultanément ou antérieurement ratifié la Convention.

Article 7

1. Tout Etat qui a adhéré à la Convention peut adhérer au présent Protocole après l'entrée en vigueur de celui-ci.

2. L'adhésion s'effectuera par le dépôt, près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, d'un instrument d'adhésion qui prendra effet 90 jours après la date de son dépôt.

Article 8

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera le présent Protocole.

2. Tout Etat peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ou à tout autre moment par la suite, étendre l'application du présent Protocole, par déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, à tout autre territoire désigné dans la déclaration et dont il assure les relations internationales ou pour lequel il est habilité à stipuler.

3. Toute déclaration faite en vertu du paragraphe précédent pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Le retrait prendra effet six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

Article 9

1. Les réserves formulées par un Etat concernant une disposition de la Convention s'appliqueront également au présent Protocole, à moins que cet Etat n'exprime l'intention contraire au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, déclarer qu'il se réserve le droit:

a. de ne pas accepter le Titre I;

(2) Das Protokoll tritt 90 Tage nach Hinterlegung der dritten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

(3) Für jeden Unterzeichnerstaat, der das Protokoll später ratifiziert, annimmt oder genehmigt, tritt es 90 Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

(4) Ein Mitgliedstaat des Europarats kann dieses Protokoll nicht ratifizieren, annehmen oder genehmigen, ohne gleichzeitig oder vorher das Übereinkommen ratifiziert zu haben.

Artikel 7

(1) Jeder Staat, der dem Übereinkommen beigetreten ist, kann diesem Protokoll beitreten, nachdem es in Kraft getreten ist.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats; die Urkunde wird 90 Tage nach ihrer Hinterlegung wirksam.

Artikel 8

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Protokoll Anwendung findet.

(2) Jeder Staat kann bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung dieses Protokoll auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken, dessen internationale Beziehungen er wahrnimmt oder für das er Vereinbarungen treffen kann.

(3) Jede nach Absatz 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin genannte Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Zurücknahme wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär des Europarats wirksam.

Artikel 9

(1) Die von einem Staat zu einer Bestimmung des Übereinkommens angebrachten Vorbehalte finden auch auf dieses Protokoll Anwendung, sofern dieser Staat bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde keine anderslautende Absicht zum Ausdruck bringt.

(2) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde erklären, daß er sich das Recht vorbehält,

a) Kapitel I nicht anzunehmen;

- b. not to accept Chapter II, or to accept it only in respect of certain offences or certain categories of the offences referred to in Article 2;
- c. not to accept Chapter III, or to accept only paragraph 1 of Article 3;
- d. not to accept Chapter IV;
- e. not to accept Chapter V.

3. Any Contracting Party may withdraw a reservation it has made in accordance with the foregoing paragraph by means of a declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe which shall become effective as from the date of its receipt.

4. A Contracting Party which has applied to this Protocol a reservation made in respect of a provision of the Convention or which has made a reservation in respect of a provision of this Protocol may not claim the application of that provision by another Contracting Party; it may, however, if its reservation is partial or conditional, claim the application of that provision in so far as it has itself accepted it.

5. No other reservation may be made to the provisions of this Protocol.

Article 10

The European Committee on Crime Problems of the Council of Europe shall be kept informed regarding the application of this Protocol and shall do whatever is needful to facilitate a friendly settlement of any difficulty which may arise out of its execution.

Article 11

1. Any Contracting Party may, in so far as it is concerned, denounce this Protocol by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2. Such denunciation shall take effect six months after the date of receipt by the Secretary General of such notification.

3. Denunciation of the Convention entails automatically denunciation of this Protocol.

Article 12

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council and any State which has acceded to the Convention of:

- a. any signature of this Protocol;
- b. any deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- c. any date of entry into force of this Protocol in accordance with Articles 6 and 7;

b. de ne pas accepter le Titre II, ou de l'accepter seulement en ce qui concerne certaines infractions ou catégories d'infractions visées par l'article 2;

c. de ne pas accepter le Titre III, ou de n'accepter que le paragraphe 1 de l'article 3;

d. de ne pas accepter le Titre IV;

e. de ne pas accepter le Titre V.

3. Toute Partie Contractante qui a formulé une réserve en vertu du paragraphe précédent peut la retirer au moyen d'une déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et qui prendra effet à la date de sa réception.

4. Une Partie Contractante qui a appliqué au présent Protocole une réserve formulée au sujet d'une disposition de la Convention ou qui a formulé une réserve au sujet d'une disposition du présent Protocole ne peut prétendre à l'application de cette disposition par une autre Partie Contractante; toutefois, elle peut, si la réserve est partielle ou conditionnelle, prétendre à l'application de cette disposition dans la mesure où elle l'a acceptée.

5. Aucune autre réserve n'est admise aux dispositions du présent Protocole.

Article 10

Le Comité Européen pour les Problèmes Criminels du Conseil de l'Europe suivra l'exécution du présent Protocole et facilitera autant que de besoin le règlement amiable de toute difficulté à laquelle l'exécution du Protocole donnerait lieu.

Article 11

1. Toute Partie Contractante pourra, en ce qui la concerne, dénoncer le présent Protocole en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La dénonciation prendra effet six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

3. La dénonciation de la Convention entraîne automatiquement la dénonciation du présent Protocole.

Article 12

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil et à tout Etat ayant adhéré à la Convention:

- a. toute signature du présent Protocole;
- b. le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion;
- c. toute date d'entrée en vigueur du présent Protocole conformément à ses articles 6 et 7;

b) Kapitel II nicht oder nur hinsichtlich bestimmter strafbarer Handlungen oder bestimmter Kategorien der in Artikel 2 bezeichneten strafbaren Handlungen anzunehmen;

c) Kapitel III nicht anzunehmen oder nur Artikel 3 Absatz 1 anzunehmen;

d) Kapitel IV nicht anzunehmen;

e) Kapitel V nicht anzunehmen.

(3) Jede Vertragspartei kann einen von ihr nach Absatz 2 angebrachten Vorbehalt durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung zurückziehen; die Erklärung wird mit ihrem Eingang wirksam.

(4) Eine Vertragspartei, die einen Vorbehalt zu einer Bestimmung des Übereinkommens auf dieses Protokoll angewendet oder einen Vorbehalt zu einer Bestimmung des Protokolls angebracht hat, kann nicht verlangen, daß eine andere Vertragspartei diese Bestimmung anwendet; sie kann jedoch, wenn es sich um einen Teilvorbehalt oder einen bedingten Vorbehalt handelt, die Anwendung der betreffenden Bestimmung insoweit verlangen, als sie selbst sie angenommen hat.

(5) Andere Vorbehalte zu diesem Protokoll sind nicht zulässig.

Artikel 10

Der Europäische Ausschuß für Strafrechtsfragen des Europarats wird die Durchführung dieses Protokolls verfolgen; soweit erforderlich, erleichtert er die gütliche Behebung aller Schwierigkeiten, die sich aus der Durchführung des Protokolls ergeben könnten.

Artikel 11

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Protokoll durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation für sich kündigen.

(2) Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(3) Die Kündigung des Übereinkommens hat ohne weiteres auch die Kündigung dieses Protokolls zur Folge.

Artikel 12

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates und jedem Staat, der dem Übereinkommen beigetreten ist,

- a) jede Unterzeichnung dieses Protokolls;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls nach seinen Artikeln 6 und 7;

- | | | |
|---|--|--|
| <p>d. any declaration received in pursuance of the provisions of paragraphs 2 and 3 of Article 8;</p> <p>e. any declaration received in pursuance of the provisions of paragraph 1 of Article 9;</p> <p>f. any reservation made in pursuance of the provisions of paragraph 2 of Article 9;</p> <p>g. the withdrawal of any reservation carried out in pursuance of the provisions of paragraph 3 of Article 9;</p> <p>h. any notification received in pursuance of the provisions of Article 11 and the date on which denunciation takes effect.</p> | <p>d. toute déclaration reçue en application des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 8;</p> <p>e. toute déclaration reçue en application des dispositions du paragraphe 1 de l'article 9;</p> <p>f. toute réserve formulée en application des dispositions du paragraphe 2 de l'article 9;</p> <p>g. le retrait de toute réserve effectué en application des dispositions du paragraphe 3 de l'article 9;</p> <p>h. toute notification reçue en application des dispositions de l'article 11 et la date à laquelle la dénonciation prendra effet.</p> | <p>d) jede nach Artikel 8 Absätze 2 und 3 eingegangene Erklärung;</p> <p>e) jede nach Artikel 9 Absatz 1 eingegangene Erklärung;</p> <p>f) jeden nach Artikel 9 Absatz 2 angebrachten Vorbehalt;</p> <p>g) jedes Zurückziehen eines Vorbehalts nach Artikel 9 Absatz 3;</p> <p>h) jede nach Artikel 11 eingegangene Notifikation und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird.</p> |
|---|--|--|

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Protocol.

Done at Strasbourg, this 17th day of March 1978, in English and in French, both texts being equally authoritative, in a single copy which shall remain deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each of the signatory and acceding States.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole.

Fait à Strasbourg, le 17 mars 1978, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats signataires et adhérents.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Straßburg am 17. März 1978 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften.

**Gesetz
zum Zusatzprotokoll vom 17. März 1978
zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959
über die Rechtshilfe in Strafsachen**

Vom 27. Februar 1990

De. Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Straßburg am 8. November 1985 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 1964 II S. 1369, 1386) wird zugestimmt. Das Zusatzprotokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 5 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 27. Februar 1990

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Justiz
Engelhard

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Zusatzprotokoll
zum Europäischen Übereinkommen
über die Rechtshilfe in Strafsachen**

**Additional Protocol
to the European Convention on
Mutual Assistance in Criminal Matters**

**Protocole additionnel
à la Convention européenne
d'entraide judiciaire en matière pénale**

(Übersetzung)

The member States of the Council of Europe, signatory to this Protocol,

Les Etats membres du Conseil de l'Europe, signataires du présent Protocole,

Die Mitgliedstaaten des Europarats, dieses Protokoll unterzeichnen –

Desirous of facilitating the application of the European Convention on Mutual Assistance in Criminal Matters opened for signature in Strasbourg on 20 April 1959 (hereinafter referred to as "the Convention") in the field of fiscal offences;

Désireux de faciliter l'application en matière d'infractions fiscales de la Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale ouverte à la signature à Strasbourg le 20 avril 1959 (ci-après dénommée «la Convention»);

von dem Wunsch geleitet, die Anwendung des am 20. April 1959 in Straßburg zur Unterzeichnung aufgelegten Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) auf dem Gebiet der fiskalischen strafbaren Handlungen zu erleichtern;

Considering it also desirable to supplement the Convention in certain other respects,

Considérant également qu'il est opportun de compléter ladite Convention à certains autres égards,

in der Erwägung, daß es auch zweckmäßig ist, das Übereinkommen in bestimmten anderen Punkten zu ergänzen –

Have agreed as follows:

Sont convenus de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Chapter I

Titre I

Kapitel I

Article 1

Article 1*

Artikel 1

The Contracting Parties shall not exercise the right provided for in Article 2 (a) of the Convention to refuse assistance solely on the ground that the request concerns an offence which the requested Party considers a fiscal offence.

Les Parties Contractantes n'exerceront pas le droit prévu à l'article 2. a de la Convention de refuser l'entraide judiciaire pour le seul motif que la demande se rapporte à une infraction que la Partie requise considère comme une infraction fiscale.

Die Vertragsparteien üben das in Artikel 2 Buchstabe a des Übereinkommens vorgesehene Recht zur Verweigerung der Rechtshilfe nicht allein aus dem Grund aus, daß das Ersuchen eine strafbare Handlung betrifft, welche die ersuchte Vertragspartei als eine fiskalische strafbare Handlung ansieht.

Article 2

Article 2

Artikel 2

1. In the case where a Contracting Party has made the execution of letters rogatory for search or seizure of property dependent on the condition that the offence motivating the letters rogatory is punishable under both the law of the requesting Party and the law of the requested Party, this condition shall be fulfilled, as regards fiscal offences, if the offence is punishable under the law of the requesting Party and corresponds to an offence of the same nature under the law of the requested Party.

1. Dans le cas où une Partie Contractante s'est réservé la faculté de soumettre l'exécution des commissions rogatoires aux fins de perquisition ou saisie d'objets à la condition que l'infraction motivant la commission rogatoire soit punissable selon la loi de la Partie requérante et de la Partie requise, cette condition sera remplie en ce qui concerne les infractions fiscales, si l'infraction est punissable selon la loi de la Partie requérante et correspond à une infraction de même nature selon la loi de la Partie requise.

(1) Hat eine Vertragspartei die Erledigung von Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme von Gegenständen der Bedingung unterworfen, daß die dem Rechtshilfeersuchen zugrundeliegende strafbare Handlung sowohl nach dem Recht der ersuchenden als auch nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei strafbar ist, so ist diese Bedingung in bezug auf fiskalische strafbare Handlungen erfüllt, wenn die Handlung nach dem Recht der ersuchenden Vertragspartei strafbar ist und einer strafbaren Handlung derselben Art nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei entspricht.

2. The request may not be refused on the ground that the law of the requested Party does not impose the same kind of tax or duty or does not contain a tax, duty, cus-

2. La demande ne pourra être rejetée pour le motif que la législation de la Partie requise n'impose pas le même type de taxes ou impôts, ou ne contient pas le

(2) Das Ersuchen darf nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht der ersuchten Vertragspartei nicht dieselbe Art von Abgaben oder Steuern

toms and exchange regulation of the same kind as the law of the requesting Party.

même type de réglementation en matière de taxes et impôts, de douane et de change que la législation de la Partie requérante.

oder keine Abgaben-, Steuer-, Zoll- oder Devisenbestimmungen derselben Art wie das Recht der ersuchenden Vertragspartei vorsieht.

Chapter II

Article 3

The Convention shall also apply to:

- a. the service of documents concerning the enforcement of a sentence, the recovery of a fine or the payment of costs of proceedings;
- b. measures relating to the suspension of pronouncement of a sentence or of its enforcement, to conditional release, to deferment of the commencement of the enforcement of a sentence or to the interruption of such enforcement.

Titre II

Article 3

La Convention s'appliquera également:

- a. à la notification des actes visant l'exécution d'une peine, le recouvrement d'une amende ou le paiement des frais de procédure;
- b. aux mesures relatives au sursis au prononcé d'une peine ou à son exécution, à la libération conditionnelle, au renvoi du début d'exécution de la peine ou à l'interruption de son exécution.

Kapitel II

Artikel 3

Das Übereinkommen findet auch Anwendung

- a) auf die Zustellung von Urkunden betreffend die Vollstreckung einer Strafe, die Eintreibung einer Geldstrafe oder Geldbuße oder die Zahlung von Verfahrenskosten;
- b) auf Maßnahmen betreffend die Aussetzung des Ausspruchs oder der Vollstreckung einer Strafe, die bedingte Entlassung, den Aufschub des Beginns der Vollstreckung einer Strafe oder die Unterbrechung ihrer Vollstreckung.

Chapter III

Article 4

Article 22 of the Convention shall be supplemented by the following text, the original Article 22 of the Convention becoming paragraph 1 and the below-mentioned provisions becoming paragraph 2:

"2. Furthermore, any Contracting Party which has supplied the above-mentioned information shall communicate to the Party concerned, on the latter's request in individual cases, a copy of the convictions and measures in question as well as any other information relevant thereto in order to enable it to consider whether they necessitate any measures at national level. This communication shall take place between the Ministries of Justice concerned."

Titre III

Article 4

L'article 22 de la Convention est complété par le texte suivant, l'article 22 original de la Convention constituant le paragraphe 1 et les dispositions ci-après le paragraphe 2:

"2. En outre, toute Partie Contractante qui a donné les avis précités communiquera à la Partie intéressée, sur sa demande, dans des cas particuliers, copie des sentences et mesures dont il s'agit, ainsi que tout autre renseignement s'y référant, pour lui permettre d'examiner si elles requièrent des mesures sur le plan interne. Cette communication se fera entre les Ministères de la Justice intéressés."

Kapitel III

Artikel 4

Artikel 22 des Übereinkommens wird durch den folgenden Wortlaut ergänzt, wobei der ursprüngliche Artikel 22 des Übereinkommens Absatz 1 wird und die nachstehenden Bestimmungen Absatz 2 werden:

„(2) Ferner übermittelt jede Vertragspartei, welche die vorgenannte Benachrichtigung vorgenommen hat, der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen im Einzelfall eine Abschrift der in Betracht kommenden Urteile und Maßnahmen sowie alle weiteren diesbezüglichen Auskünfte, um ihr die Prüfung zu ermöglichen, ob dadurch innerstaatlich Maßnahmen erforderlich werden. Diese Übermittlung findet zwischen den Justizministerien statt.“

Chapter IV

Article 5

1. This Protocol shall be open to signature by the member States of the Council of Europe which have signed the Convention. It shall be subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

2. The Protocol shall enter into force 90 days after the date of the deposit of the third instrument of ratification, acceptance or approval.

3. In respect of a signatory State ratifying, accepting or approving subsequently, the Protocol shall enter into force 90 days after the date of the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.

4. A member State of the Council of Europe may not ratify, accept or approve this Protocol without having, simultaneously or previously, ratified the Convention.

Titre IV

Article 5

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe qui ont signé la Convention. Il sera soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. Le Protocole entrera en vigueur 90 jours après la date du dépôt du troisième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

3. Il entrera en vigueur à l'égard de tout Etat signataire qui le ratifiera, l'acceptera ou l'approuvera ultérieurement 90 jours après la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

4. Un Etat membre du Conseil de l'Europe ne peut ratifier, accepter ou approuver le présent Protocole sans avoir simultanément ou antérieurement ratifié la Convention.

Kapitel IV

Artikel 5

(1) Dieses Protokoll liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

(2) Das Protokoll tritt 90 Tage nach Hinterlegung der dritten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

(3) Für jeden Unterzeichnerstaat, der das Protokoll später ratifiziert, annimmt oder genehmigt, tritt es 90 Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

(4) Ein Mitgliedstaat des Europarats kann dieses Protokoll nicht ratifizieren, annehmen oder genehmigen, ohne gleichzeitig oder vorher das Übereinkommen ratifiziert zu haben.

Article 6

1. Any State which has acceded to the Convention may accede to this Protocol after the Protocol has entered into force.

2. Such accession shall be effected by depositing with the Secretary General of the Council of Europe an instrument of accession which shall take effect 90 days after the date of its deposit.

Article 7

1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Protocol shall apply.

2. Any State may, when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession or at any later date, by declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend this Protocol to any other territory or territories specified in the declaration and for whose international relations it is responsible or on whose behalf it is authorised to give undertakings.

3. Any declaration made in pursuance of the preceding paragraph may, in respect of any territory mentioned in such declaration, be withdrawn by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe. Such withdrawal shall take effect six months after the date of receipt by the Secretary General of the Council of Europe of the notification.

Article 8

1. Reservations made by a Contracting Party to a provision of the Convention shall be applicable also to this Protocol, unless that Party otherwise declares at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession. The same shall apply to the declarations made by virtue of Article 24 of the Convention.

2. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, declare that it reserves the right:

a. not to accept Chapter I, or to accept it only in respect of certain offences or certain categories of the offences referred to in Article 1, or not to comply with letters rogatory for search or seizure of property in respect of fiscal offences;

b. not to accept Chapter II;

c. not to accept Chapter III.

3. Any Contracting Party may withdraw a declaration it has made in accordance with the foregoing paragraph by means of a dec-

Article 6

1. Tout Etat qui a adhéré à la Convention peut adhérer au présent Protocole après l'entrée en vigueur de celui-ci.

2. L'adhésion s'effectuera par le dépôt, près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, d'un instrument d'adhésion qui prendra effet 90 jours après la date de son dépôt.

Article 7

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera le présent Protocole.

2. Tout Etat peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ou à tout autre moment par la suite, étendre l'application du présent Protocole, par déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, à tout autre territoire désigné dans la déclaration et dont il assure les relations internationales ou pour lequel il est habilité à stipuler.

3. Toute déclaration faite en vertu du paragraphe précédent pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Le retrait prendra effet six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

Article 8

1. Les réserves formulées par une Partie Contractante concernant une disposition de la Convention s'appliqueront également au présent Protocole, à moins que cette Partie n'exprime l'intention contraire au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion. Il en sera de même pour les déclarations faites en vertu de l'article 24 de la Convention.

2. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, déclarer qu'il se réserve le droit:

a. de ne pas accepter le Titre I, ou de l'accepter seulement en ce qui concerne certaines infractions ou catégories d'infractions visées par l'article 1, ou de ne pas exécuter les commissions rogatoires aux fins de perquisition ou saisie d'objets en matière d'infractions fiscales;

b. de ne pas accepter le Titre II;

c. de ne pas accepter le Titre III.

3. Toute Partie Contractante qui a formulé une réserve en vertu du paragraphe précédent peut la retirer au moyen d'une

Artikel 6

(1) Jeder Staat, der dem Übereinkommen beigetreten ist, kann diesem Protokoll beitreten, nachdem es in Kraft getreten ist.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats; die Urkunde wird 90 Tage nach ihrer Hinterlegung wirksam.

Artikel 7

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Protokoll Anwendung findet.

(2) Jeder Staat kann bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung dieses Protokoll auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken, dessen internationale Beziehungen er wahrnimmt oder für das er Vereinbarungen treffen kann.

(3) Jede nach Absatz 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin genannte Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Zurücknahme wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär des Europarats wirksam.

Artikel 8

(1) Die von einer Vertragspartei zu einer Bestimmung des Übereinkommens angebrachten Vorbehalte finden auch auf dieses Protokoll Anwendung, sofern diese Vertragspartei bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde keine anderslautende Absicht zum Ausdruck bringt. Das gleiche gilt für Erklärungen, die auf Grund des Artikels 24 des Übereinkommens abgegeben worden sind.

(2) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde erklären, daß er sich das Recht vorbehält,

a) Kapitel I nicht oder nur hinsichtlich bestimmter strafbarer Handlungen oder bestimmter Kategorien der in Artikel 1 bezeichneten strafbaren Handlungen anzunehmen oder einem Rechtshilfeersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme von Gegenständen in bezug auf fiskalische strafbare Handlungen nicht zu entsprechen;

b) Kapitel II nicht anzunehmen;

c) Kapitel III nicht anzunehmen.

(3) Jede Vertragspartei kann einen von ihr nach Absatz 2 angebrachten Vorbehalt durch eine an den Generalsekretär des

laration addressed to the Secretary General of the Council of Europe which shall become effective as from the date of its receipt.

4. A Contracting Party which has applied to this Protocol a reservation made in respect of a provision of the Convention or which has made a reservation in respect of a provision of this Protocol may not claim the application of that provision by another Contracting Party; it may, however, if its reservation is partial or conditional claim the application of that provision in so far as it has itself accepted it.

5. No other reservation may be made to the provisions of this Protocol.

Article 9

The provisions of this Protocol are without prejudice to more extensive regulations in bilateral or multilateral agreements concluded between Contracting Parties in application of Article 26, paragraph 3, of the Convention.

Article 10

The European Committee on Crime Problems of the Council of Europe shall be kept informed regarding the application of this Protocol and shall do whatever is needful to facilitate a friendly settlement of any difficulty which may arise out of its execution.

Article 11

1. Any Contracting Party may, in so far as it is concerned, denounce this Protocol by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2. Such denunciation shall take effect six months after the date of receipt by the Secretary General of such notification.

3. Denunciation of the Convention entails automatically denunciation of this Protocol.

Article 12

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council and any State which has acceded to the Convention of:

- a. any signature of this Protocol;
- b. any deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- c. any date of entry into force of this Protocol in accordance with Articles 5 and 6;
- d. any declaration received in pursuance of the provisions of paragraphs 2 and 3 of Article 7;
- e. any declaration received in pursuance of the provisions of paragraph 1 of Article 8;

déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et qui prendra effet à la date de sa réception.

4. Une Partie Contractante qui a appliqué au présent Protocole une réserve formulée au sujet d'une disposition de la Convention ou qui a formulé une réserve au sujet d'une disposition du présent Protocole ne peut prétendre à l'application de cette disposition par une autre Partie Contractante; toutefois elle peut, si la réserve est partielle ou conditionnelle, prétendre à l'application de cette disposition dans la mesure où elle l'a acceptée.

5. Aucune autre réserve n'est admise aux dispositions du présent Protocole.

Article 9

Les dispositions du présent Protocole ne font pas obstacle aux règles plus détaillées contenues dans les accords bilatéraux ou multilatéraux conclus entre des Parties Contractantes en application de l'article 26, paragraphe 3, de la Convention.

Article 10

Le Comité Européen pour les Problèmes Criminels du Conseil de l'Europe suivra l'exécution du présent Protocole et facilitera autant que de besoin le règlement amiable de toute difficulté à laquelle l'exécution du Protocole donnerait lieu.

Article 11

1. Toute Partie Contractante pourra, en ce qui la concerne, dénoncer le présent Protocole en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La dénonciation prendra effet six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

3. La dénonciation de la Convention entraîne automatiquement la dénonciation du présent Protocole.

Article 12

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil et à tout Etat ayant adhéré à la Convention:

- a. toute signature du présent Protocole;
- b. le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion;
- c. toute date d'entrée en vigueur du présent Protocole conformément à ses articles 5 et 6;
- d. toute déclaration reçue en application des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 7;
- e. toute déclaration reçue en application des dispositions du paragraphe 1 de l'article 8;

Europarats gerichtete Erklärung zurückziehen; die Erklärung wird mit ihrem Eingang wirksam.

(4) Eine Vertragspartei, die einen Vorbehalt zu einer Bestimmung des Übereinkommens auf dieses Protokoll angewendet oder einen Vorbehalt zu einer Bestimmung des Protokolls angebracht hat, kann nicht verlangen, daß eine andere Vertragspartei diese Bestimmung anwendet; sie kann jedoch, wenn es sich um einen Teilvorbehalt oder einen bedingten Vorbehalt handelt, die Anwendung der betreffenden Bestimmung insoweit verlangen, als sie selbst sie angenommen hat.

(5) Andere Vorbehalte zu diesem Protokoll sind nicht zulässig.

Artikel 9

Dieses Protokoll steht weitergehenden Regelungen zwei- oder mehrseitiger, zwischen Vertragsparteien nach Artikel 26 Absatz 3 des Übereinkommens geschlossener Übereinkünfte nicht entgegen.

Artikel 10

Der Europäische Ausschuß für Strafrechtsfragen des Europarats wird die Durchführung dieses Protokolls verfolgen; soweit erforderlich, erleichtert er die gütliche Behebung aller Schwierigkeiten, die sich aus der Durchführung des Protokolls ergeben könnten.

Artikel 11

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Protokoll durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation für sich kündigen.

(2) Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(3) Die Kündigung des Übereinkommens hat ohne weiteres auch die Kündigung dieses Protokolls zur Folge.

Artikel 12

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates und jedem Staat, der dem Übereinkommen beigetreten ist,

- a) jede Unterzeichnung dieses Protokolls;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls nach seinen Artikeln 5 und 6;
- d) jede nach Artikel 7 Absätze 2 und 3 eingegangene Erklärung;
- e) jede nach Artikel 8 Absatz 1 eingegangene Erklärung;

- | | | |
|--|--|---|
| f. any reservation made in pursuance of the provisions of paragraph 2 of Article 8; | f. toute réserve formulée en application des dispositions du paragraphe 2 de l'article 8; | f) jeden nach Artikel 8 Absatz 2 angebrachten Vorbehalt; |
| g. the withdrawal of any reservation carried out in pursuance of the provisions of paragraph 3 of Article 8; | g. le retrait de toute réserve effectué en application des dispositions du paragraphe 3 de l'article 8; | g) jedes Zurückziehen eines Vorbehalts nach Artikel 8 Absatz 3; |
| h. any notification received in pursuance of the provisions of Article 11 and the date on which denunciation takes effect. | h. toute notification reçue en application des dispositions de l'article 11 et la date à laquelle la dénonciation prendra effet. | h) jede nach Artikel 11 eingegangene Notifikation und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird. |

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Protocol.

Done at Strasbourg, this 17th day of March 1978, in English and in French, both texts being equally authoritative, in a single copy which shall remain deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each of the signatory and acceding States.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole.

Fait à Strasbourg, le 17 mars 1978, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats signataires et adhérents.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Straßburg am 17. März 1978 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften.

Bekanntmachung des deutsch-tansanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 1. Februar 1990

Das in Daressalam am 19. September 1989 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7

am 19. September 1989

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 1. Februar 1990

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Zahn

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Vereinigten Republik Tansania –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Republik Tansania,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Vereinigten Republik Tansania beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll über die Regierungsverhandlungen 1989 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Vereinigten Republik Tansania, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die Vorhaben

- Tanzania Railways Corporation – TRC Bridges Phase III – Weiterführung des Central Line Bridges Rehabilitation Programme (16 000 000,00 DM)
- Tanzania Railways Corporation – TRC Assistance (3 000 000,00 DM)
- Transportsektor-Unterhaltungsprogramm Phase II – National Transport Corporation (10 000 000,00 DM)
- Kidatu-Morogoro 220 KV Übertragungsleitung (25 000 000,00 DM)
- Notprogramm Tanga-Abwasser-/Sanitärmaßnahmen (2 000 000,00 DM)
- Studien- und Fachkräftefonds (1 000 000,00 DM)

Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 57 000 000,00 DM (in Worten: siebenundfünfzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Vereinigten Republik Tansania zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 angeführten Vorhaben von der

Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Republik Tansania durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie die Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Vereinigten Republik Tansania stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Vereinigten Republik Tansania erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Vereinigten Republik Tansania überläßt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Vereinigten Republik Tansania innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Daressalam am 19. September 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Ch. Steffler

Für die Regierung der Vereinigten Republik Tansania
A. T. Makenya

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens
über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 2. Februar 1990

Das Protokoll vom 7. Juli 1971 zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1978 II S. 500) ist für

Zypern am 5. Juli 1989
in Kraft getreten

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. September 1989 (BGBl. II S. 800).

Bonn, den 2. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des Abkommens
über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 2. Februar 1990

Das Protokoll vom 16. Oktober 1974 zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des am 7. Dezember 1944 in Chicago beschlossenen Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1983 II S. 763) ist nach seiner Ziffer 3 Buchstabe g für

Zypern am 5. Juli 1989
in Kraft getreten

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. September 1989 (BGBl. II S. 800).

Bonn, den 2. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über Änderungen des Abkommens
über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 2. Februar 1990

Das Protokoll vom 12. März 1971 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt – 4. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt – (BGBl. 1972 II S. 257) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Zypern am 5. Juli 1989
in Kraft getreten

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. März 1989 (BGBl. II S. 287).

Bonn, den 2. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Protokolle
über Änderungen des Abkommens
über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 2. Februar 1990

Das Protokoll vom 14. Juni 1954 über eine Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 – Artikel 45 – (BGBl. 1959 II S. 69) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Zypern am 5. Juli 1989
in Kraft getreten

Das Protokoll vom 14. Juni 1954 über einige Änderungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 – Artikel 48 Buchstabe a, Artikel 49 Buchstabe e und Artikel 61 – (BGBl. 1959 II S. 69) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Zypern am 5. Juli 1989
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. September 1989 (BGBl. II S. 799).

Bonn, den 2. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Verträge
des Weltpostvereins**

Vom 5. Februar 1990

I.

Die nachstehend bezeichneten Verträge des Weltpostvereins vom 27. Juli 1984 (BGBl. 1986 II S. 201)

1. das Dritte Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins
2. die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins
3. der Weltpostvertrag
4. das Postpaketabkommen
5. das Postanweisungs- und Postreisescheckabkommen
6. das Postgiroabkommen
7. das Postnachnahmeabkommen
8. das Postauftragsabkommen
9. das Postsparkassenabkommen
10. das Postzeitungsabkommen

sind für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Indonesien	am	11. Januar 1990,	Nr. 1
Irland	am	23. November 1989,	Nr. 1–4
Kenia	am	30. Mai 1989,	Nr. 2–4
	am	21. September 1989,	Nr. 1
Kuba	am	30. November 1989,	Nr. 1–4
Monaco	am	22. August 1989,	Nr. 2–8
	am	5. Oktober 1989,	Nr. 1
Vietnam	am	3. November 1989,	Nr. 1–4

II.

Die Satzung des Weltpostvereins vom 10. Juli 1964 (BGBl. 1965 II S. 1633) ist in Kraft getreten für

Ruanda am 18. Mai 1988

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. Januar 1989 (BGBl. II S. 166).

Bonn, den 5. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens
über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät**

Vom 5. Februar 1990

Das Zollübereinkommen vom 11. Juni 1968 über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät (BGBl. 1969 II S. 1914) ist nach seinem Artikel 20 Abs. 2 für

Kenia	am 18. Dezember 1983
Korea, Republik	am 18. September 1982
Simbabwe	am 5. Februar 1987

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. September 1989 (BGBl. II S. 767).

Bonn, den 5. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung
des deutsch-thailändischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 6. Februar 1990

Das in Bangkok am 10. Januar 1990 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Thailand über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7

am 10. Januar 1990

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. Februar 1990

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Zahn

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Thailand über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung des Königreichs Thailand –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Thailand,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Thailand beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Gesprächsniederschrift (Agreed Minutes) vom 30. August 1989 der Regierungsverhandlungen in Thailand –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Königreichs Thailand oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfänger, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben

ARD-Eastern Field Operation Centre/Accelerated Rural Development

ein Darlehen bis zu 40 Mio. DM (in Worten: vierzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung seine Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 genannte Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Thailand durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung des Königreichs Thailand zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, Darlehen oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

(2) Die Regierung des Königreichs Thailand, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Vertrages garantieren.

Artikel 3

Die Regierung des Königreichs Thailand stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages im Königreich Thailand erhoben werden, frei.

Artikel 4

Die Regierung des Königreichs Thailand überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Thailand innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bangkok am 10. Januar 1990 (BE 2533) in zwei
Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Bernd Oldenkott
Botschafter

Für die Regierung des Königreichs Thailand
Pramual Sabhavas
Finanzminister

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zum Schutz der Hersteller von Tonträgern
gegen die unerlaubte Vervielfältigung
ihrer Tonträger**

Vom 8. Februar 1990

Das Übereinkommen vom 29. Oktober 1971 zum Schutz der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger (BGBl. 1973 II S. 1669) wird nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für

Honduras am 6. März 1990
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. August 1988 (BGBl. II S. 782).

Bonn, den 8. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Vertrags
über die Nichtverbreitung von Kernwaffen**

Vom 8. Februar 1990

Der Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (BGBl. 1974 II S. 785) ist nach seinem Artikel IX Abs. 4 für

Katar am 3. April 1989
in Kraft getreten.

Katar hat seine Beitrittsurkunden am 3. April 1989 in London, am 10. Mai 1989 in Moskau und am 13. Juni 1989 in Washington hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Juni 1989 (BGBl. II S. 631).

Bonn, den 8. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung
zu dem Artikel 25 der Konvention
zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten**

Vom 8. Februar 1990

Die Schweiz hat mit Erklärung vom 17. November 1989 die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1952 II S. 685, 953)

mit Wirkung vom 28. November 1989
für weitere drei Jahre

anerkannt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 28. November 1986 (BGBl. II S. 1035) und vom 10. Januar 1990 (BGBl. II S. 66).

Bonn, den 8. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens
zum Schutz der Ozonschicht**

Vom 13. Februar 1990

Das Übereinkommen vom 22. März 1985 zum Schutz der Ozonschicht (BGBl. 1988 II S. 901) ist nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für

Fidschi am 21. Januar 1990
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Januar 1990 (BGBl. II S. 57).

Bonn, den 13. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Fhr. v. Stein

Vom 13. Februar 1990

Fidschi	am	21. Januar 1990
Guatemala	am	5. Februar 1990

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. Januar 1990 (BGBl. II S. 89).

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Fhr. v. Stein

Vom 13. Februar 1990

1. Das Abkommen vom 12. Oktober 1929 zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (RGBl. 1933 II S. 1039) ist nach seinem Artikel 38 für

Mauritius am 15. Januar 1990

in Kraft getreten.

2. Das Protokoll vom 28. September 1955 zur Änderung des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (BGBl. 1958 II S. 291) ist nach seinem Artikel XXIII für

Mauritius am 15. Januar 1990

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Juni 1989 (BGBl. II S. 528).

Bonn, den 13. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Erhr. v. Stein

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens
über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern
und der Sendeunternehmen**

Vom 13. Februar 1990

I.

Das Internationale Abkommen vom 26. Oktober 1961 über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen (BGBl. 1965 II S. 1243) ist nach seinem Artikel 25 Abs. 2 für

Japan

am 26. Oktober 1989

mit den folgenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde gemachten Vorbehalten in Kraft getreten:

(Übersetzung)

“(1) Pursuant to Article 5, paragraph 3 of the Convention, the Government of Japan will not apply the criterion of publication concerning the protection of producers of phonograms,

„(1) In Übereinstimmung mit Artikel 5 Absatz 3 des Abkommens wird die Regierung von Japan das Merkmal der Veröffentlichung bezüglich des Schutzes der Hersteller von Tonträgern nicht anwenden.

(2) Pursuant to Article 16, paragraph 1 (a) (ii) of the Convention, the Government of Japan will apply the provisions of Article 12 of the Convention in respect of uses for broadcasting or for wire diffusion,

(2) In Übereinstimmung mit Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii des Abkommens wird die Regierung von Japan Artikel 12 des Abkommens auf Benützung für die Funksendung oder für die Verbreitung über Draht anwenden.

(3) Pursuant to Article 16, paragraph 1 (a) (iv) of the Convention,

(3) In Übereinstimmung mit Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iv des Abkommens

(i) As regards phonograms the producer of which is a national of a Contracting State which has made a declaration under Article 16, paragraph 1 (a) (i) of the Convention stating that it will not apply the provisions of Article 12 of the Convention, the Government of Japan will not grant the protection provided for by the provisions of Article 12 of the Convention,

(i) wird die Regierung von Japan für die Tonträger, deren Hersteller Angehöriger eines vertragschließenden Staates ist, der nach Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i des Abkommens die Erklärung abgegeben hat, daß er keine Bestimmung des Artikels 12 des Abkommens anwenden wird, den in Artikel 12 des Abkommens vorgesehenen Schutz nicht gewähren;

(ii) As regards phonograms the producer of which is a national of another Contracting State which applies the provisions of Article 12 of the Convention, the Government of Japan will limit the term of the protection provided for by the provisions of Article 12 of the Convention to the term for which that State grants protection to phonograms first fixed by a Japanese national.”

(ii) wird die Regierung von Japan für die Tonträger, deren Hersteller Angehöriger eines anderen vertragschließenden Staates ist, der die Bestimmungen des Artikels 12 des Abkommens anwendet, die Dauer des in Artikel 12 des Abkommens vorgesehenen Schutzes auf die Dauer beschränken, während der dieser Staat den Tonträgern Schutz gewährt, die erstmals von einem japanischen Staatsangehörigen festgelegt worden sind.“

II.

Nach Artikel 18 des Abkommens hat Norwegen am 30. Juni 1989 folgende Änderung eines seiner bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde im Jahre 1978 gemachten Vorbehalte notifiziert:

Der Vorbehalt nach Artikel 16 Abs. 1 Buchstabe a Ziffer ii, wonach Artikel 12 zur Anwendung findet auf die Benützung zur Erzielung geschäftlichen Gewinns, ist ersetzt worden durch den neuen Vorbehalt nach Artikel 16 Abs. 1 Buchstabe a Ziffer ii, daß Artikel 12 nur Anwendung findet auf die Benützung von Tonträgern in Rundfunksendungen.

Diese Änderung ist nach Artikel 16 Abs. 2 des Abkommens am 31. Dezember 1989 wirksam geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 12. Juli 1978 (BGBl. II S. 1050) und vom 4. Februar 1988 (BGBl. II S. 225).

Bonn, den 13. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Frhr. v. Stein

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolttarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesgesetzblatt, Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Telefon: (0228) 38208-0
Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 81,48 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,56 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1990 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,12 DM (5,12 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,12 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1990 A · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Internationalen Regeln
zur Verhütung von Zusammenstößen auf See**

Vom 19. Februar 1990

Das Übereinkommen vom 20. Oktober 1972 über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See (BGBl. 1976 II S. 1017; 1983 II S. 303; 1989 II S. 541) ist nach Artikel IV Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Mauritius	am	26. Mai 1989
Togo	am	19. Juli 1989.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Juli 1989 (BGBl. II S. 636).

Bonn, den 19. Februar 1990

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel